

ecke

nr. 5 – nov/dez 2025

turmstraße

Zeitung für das « Lebendige Zentrum» und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Moabit hat bekanntlich viele interessante Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Dorotheenstädtischen Buchhandlung. Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Turmstraße, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecketurm@gmx.net. Bitte vergessen Sie auch die Absenderadresse nicht! Einsendeschluss ist Montag, der 8. Dezember 2025. Unser letztes Bilderrätsel zeigte ein Detail aus der Arminius-Markthalle. Gewonnen hat Marie-Luise Herkommer – herzlichen Glückwunsch! Der Gutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

Mietspiegel: Senat warnt vor falschen Interviewern

Noch bis Dezember laufen die Erhebungen für den neuen Berliner Mietspiegel. Dafür wurden stichprobenartig Haushalte ausgewählt und Ende August erstmals postalisch kontaktiert. Sie werden online, schriftlich und teilweise auch mündlich von geschultem Personal durchgeführt. Leider klingeln aber auch Personen an Wohnungstüren, die sich fälschlich als Interviewer ausgeben, um an persönliche Daten zu gelangen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung weist deshalb darauf hin, dass die in ihrem Auftrag agierenden Interviewer stets vorab Termine vereinbaren und nicht unangemeldet erscheinen. Diese Interviewer können sich zudem als Beauftragte des ALP-Instituts für Wohnen und Stadtentwicklung GmbH ausweisen. In der Befragung geht es ausschließlich um Fragen zur Miethöhe sowie zur Wohnungs- und Gebäudeausstattung, niemals um personenbezogene Daten.

Angebotspflicht für Mehrwegverpackungen

Im November will das Ordnungsamt Mitte verstärkt kontrollieren, ob sich die gastronomischen Betriebe an die Angebotspflicht für Mehrwegverpackungen halten, die in Berlin seit 2023 vorgeschrieben ist. Die Kontrollen erfolgen im Zusammenhang mit den »Zero-Waste-Aktionswochen« der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt sowie der Berliner Stadtreinigungsbetriebe. Bei festgestellten Verstößen kann ein Bußgeld von bis zu 10.000 Euro nach dem Verpackungsgesetz drohen.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/team/stadtteilzeitung

Die nächste Ausgabe

der Ecke Turmstraße erscheint Mitte Dezember 2025.

INHALT

- Seite 3** Abschied vom Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
- Seite 4** Kulturmanege / Nachrichten
- Seite 5** Campus Bredowstraße / Müllgipfel
- Seite 6** Regenwassermanagement für Moabit / Veranstaltungen
- Seite 7** Jugendverkehrsschule / Umgestaltung Lübecker Straße
- Seite 8** Moabiter Kinderhof nach Erneuerung wiedereröffnet
- Seite 9** Friedensstatue / Kino für Moabit
- Seite 10** Galerie Nord / Ende des Ortstermins

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** Kiezblocks in Mitte
- **Seite 12** Stadtbild I: Zuwanderung aus Indien
- **Seite 13** Stadtbild II – Worüber reden wir eigentlich?
- **Seite 14** Mittelkürzungen für den öffentlichen Raum / Baumscheiben: Zeit für Zwiebeln

Seite 15 Adressen + Gebietskarte

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Turmstraße« , c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: Möller Pro Media
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Abschied von den »raumplanern«

Das Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße endet im Dezember 2025

Am Ende dieses Jahres verabschiedet sich das Geschäftsstraßenmanagement (GSM) Turmstraße – die Förderung des Gebiets Turmstraße im Programm »Lebendige Zentren und Quartiere« läuft schrittweise aus, auch das GSM wurde daraus finanziert. Beauftragt war damit das Büro »die raumplaner«.

Ein letztes Mal hat das GSM in diesem Jahr auch das Moabiter Kiezfest mitorganisiert, das am 20. September zum 11. Mal rund um das Rathaus Tiergarten stattfand – mit großem Erfolg. Ca. 5000 Besucherinnen und Besucher wurden gezählt, ca. 100 Marktstände und 120 Ausstellende zeigten die Moabiter Vielfalt an Initiativen, Vereinen, Kreativen und Gewerbetreibenden, auch die lokale Gastronomie fand großen Zuspruch. Die »Kiezrallye«, die in diesem Jahr erstmalig beim Tag der Städtebauförderung im Mai organisiert wurde und auf dem Kiezfest wiederholt wurde, lockte wieder viele Interessenten an. Das Feedback war insgesamt sowohl auf Seiten der Besucherinnen und Besucher als auch auf Seiten der Festbeteiligten ausgesprochen positiv.

Das Moabiter Kiezfest soll auch künftig stattfinden

Es soll aber nicht das letzte Kiezfest gewesen sein, auch wenn das Sanierungsgebiet im nächsten Jahr aufgehoben wird und die Förderung ausläuft. Schon in diesem Jahr musste das Fest mit der Hälfte der bisherigen Fördersumme auskommen, im nächsten Jahr fällt sie komplett weg.



Dennoch wollen die Initiativen, die auch bisher organisatorisch beteiligt waren wie der Verein Frecher Spatz e.V., die Turmstraßen-Initiative Moabit (TIM), die Kreativen von ArTminius, Moabiter Ratschlag, CJD – Jugendmigrationsdienst, WeKeez, die Musikschule Fanny Hensel und andere, die Tradition des Moabiter Kiezfestes möglichst weiterführen. Dafür wird in diesem Jahr vom Geschäftsstraßenmanagement gemeinsam mit den Organisatorinnen und Organisatoren ein Handbuch fertiggestellt – eine Art Leitfaden für die Festorganisation, der wichtige Schritte wie die Einholung notwendiger Genehmigungen, Beschaffung von Marktständen, Energieversorgung etc. umfasst. Zudem müssen künftig Sponsoren gewonnen und Spenden eingeworben werden – bereits in diesem Jahr kamen so ca. 5.500 Euro zusammen.

Abschlussbroschüre: Best of GSM

Seit 2011 hat das Team der »raumplaner« als Koordinierungs- und Netzwerkstelle die Entwicklung der Geschäftsstraße begleitet und zusammen mit Gewerbetreibenden und Kreativen viele Projekte vor Ort umgesetzt. Gemeinsam wurden (Marketing-)Aktionen, Projekte und Veranstaltungen durchgeführt, die ein positives Image der Turmstraße vermitteln sollten, zudem unterstützte das GSM die Vernetzung lokaler Akteure.

Als einen kleinen Rückblick auf seine Arbeit hat das Geschäftsstraßenmanagement eine kleine Broschüre aufgelegt, die noch einmal viele der Aktionen und Veranstaltungen Revue passieren lässt: vom Schaufenstertausch bis zu Lichtkunstprojekten, vom Bestandsmonitoring bis zum Geschäftsstraßenkonzept, von »Kulinarischen Reisen« durchs Gebiet bis zur Gestaltung von Verteilerkästen, von der Begleitung der TIM bis zum Kiezfest. Die Broschüre steht auf der Gebietswebsite zum Download bereit, die Print-Variante ist u.a. im Stadtheiladen Moabit kostenfrei erhältlich.

Demnächst: neue »Kiezkarte Moabit«

Erhältlich ist nun bald auch die überarbeitete Neuauflage der »Kiezkarte Moabit«, wie zuvor schon liebevoll illustriert und gestaltet von Sara Contini-Frank. Die »Best of Moabit 21«-Kiezkarte soll Ende November gedruckt vorliegen. Auf der großen, mit vielen entdeckenswerten Details gezeichneten Karte sind neben zahlreichen wichtigen Moabiter Orten wie der Markthalle, dem Rathaus, der Bruno-Lösche-Bibliothek u.v.a. auch etliche Geschäfte eingezeichnet, die (gegen einen Unkostenbeitrag) auf der Rückseite mit einer kleinen Visitenkarte präsentiert werden. Die Kiezkarte ist die letzte Neuauflage vor Projekten des Geschäftsstraßenmanagements Turmstraße. Sie wird kostenlos zum Mitnehmen im Stadtheiladen, in zahlreichen Einrichtungen, Geschäften oder auch Hotels ausliegen.

Der Abschlusstermin des Geschäftsstraßenmanagements mit dem TIM-Netzwerk ist ein großes TIM-Frühstück, das am 8. Dezember wie üblich um 8.30 Uhr stattfindet und mit einem TIM-Rückblick verbunden wird.



Kulturmanege Moabit: Eröffnung erst im neuen Jahr

Der Einbau der Wärmepumpe beginnt Ende November

Die Tribüne mit den Sitzplätzen ist inzwischen in dem ca. 135 Quadratmeter großen Zirkuszelt eingebaut, derzeit wird die notwendige Technik im Inneren installiert. Mit der Luft-Luft-Wärmepumpe zur Beheizung des Zelts in der kalten Jahreszeit hat es dagegen ein bisschen länger gedauert – unter anderem musste ein günstiger Standort dafür gefunden werden. Doch nun sind alle Hürden überwunden, eine entsprechende Ausschreibung ist erfolgt und der Auftrag zum Einbau vergeben, die Finanzierung ist auch gesichert. Die Wärmepumpe für die künftige Kulturmanege soll nun von Ende November bis Anfang Dezember eingebaut werden. Das bedeutet allerdings auch, dass sich die geplante feierliche Eröffnung erneut verschiebt – nämlich auf ein noch nicht näher bestimmtes Datum im ersten Quartal des neuen Jahres. Dann aber steht dem betreuten Otto-Spielplatz und ganz Moabit endlich ein neuer, ganzjährig nutzbarer multifunktionaler Veranstaltungsort zur Verfügung. Da wartet man auch gern noch ein paar Tage länger.

Träger der Moabiter Kulturmanege ist der Moabiter Ratsschlag, der ja auch Träger des Otto-Spielplatzes als betreuter Kinder- und Jugendfreizeitstätte ist. Die Baukosten (ca. 660.000 €) werden über das Städtebauförderprogramm »Lebendige Zentren und Quartiere« finanziert, die Planungskosten aus bezirklichen Mitteln.

Nachlese: Stadtteilplenum zu Verkehr in Moabit

Sie haben das Stadtteilplenum im September zum Thema Verkehr verpasst? Das ist einerseits schade, denn der Abend lieferte eine Fülle von Informationen, u.a. zu den geplanten Moabiter Kiezblocks, zur Tramverlängerung, zu Radwegen oder Entsiegelungsmaßnahmen. Christopher Schriner, Bezirksstadtrat für Ordnung, Umwelt, Natur,

Straßen und Grünflächen, war gekommen, berichtete über diverse laufende Projekte und beantwortete viele Fragen. Andererseits kann man, auch wenn man nicht beim Plenum war, dennoch alle wesentlichen Informationen des Abends erhalten, denn Gerald Backhaus hat auf der Website des QM Beusselstraße einen sehr ausführlichen Bericht über das Stadtteilplenum und die dort erörterten Themen veröffentlicht. Es lohnt sich reinzulesen! Zu finden ist er unter dem Link: www.qm-beusselstrasse.de/Mitmachen/Stadtteilplenum

Seitenbereiche Turmstraße / Ausschreibung

Die Umgestaltung der sogenannten »Seitenbereiche« der Turmstraße – also die Gehwege samt kleingepflastertem Ober- und Unterstreifen – gehörte von Anfang an zu den wichtigen Zielen im Sanierungs- und Fördergebiet Turmstraße. Und in den Abschnitten der Turmstraße westlich des Rathauses wurde der Umbau bereits realisiert. Doch dann kam der Bau der Tramverlängerung, und die Neugestaltung der Gehwege zwischen Rathaus und Stromstraße wurden erstmal auf Eis gelegt. Das dauerte so lange, dass irgendwann auch die Finanzierung der noch ausstehenden Umbaumaßnahmen gefährdet war, Fördermittel drohten zu verfallen.

Mitte Oktober wurde nun endlich die Ausschreibung zum Umbau der südlich gelegenen Abschnitte Turmstraße 81 bis Thusnelda-Allee, Thusnelda-Allee bis Heilandskirche, U-Bahneingang bis Stromstraße sowie für den nördlichen Abschnitt Jonas- bis Wilhelmshavener Straße veröffentlicht. Die Angebotsfrist endete am 29. Oktober. Aufgrund der Verzögerung der Ausschreibung wird ein Baubeginn nun für Anfang 2026 erwartet.

Schultheiss Quartier schneidet in Ranking schlecht ab

Bei der Mieterumfrage »Shoppingcenter Performance Report (SCPR) 2025« schneiden Berliner Center eher schlecht ab. Schlusslicht unter 230 bewerteten Centern ist das Ringcenter I in Berlin, das derzeit eine Baustelle ist. Bei der Umfrage benoten die Mieter in 400 deutschen Einkaufszentren und Verkehrsstandorten wie Bahnhöfen oder Flughäfen ihre Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Performance ihrer Läden. An der Umfrage nahmen neun der 20 filialstärksten Unternehmen in Deutschland teil. Innerhalb Berlins schneidet das »Alexa« noch am besten ab (in der Gesamtbewertung Platz 30), danach folgen das Pankower »Rathaus-Center« (Platz 42) und die »Spandau Arcaden« (Platz 50). Unter den letzten zehn Plätzen befinden sich neben dem Schlusslicht Ringcenter I auch das »Schultheiss Quartier« (Platz 223) und »The Playce« am Potsdamer Platz (Platz 227).

Ein Campus für die Zukunft

Derzeit wird eine Bedarfsplanung entwickelt – auch als Grundlage für die Finanzakquise

In der Bredowstraße 31/32, wo sich bislang das Wolfgang-Scheunemann-Haus befindet, soll ein neuer Campus entstehen, der sowohl die Jugendfreizeiteinrichtung Bredowtreff aufnimmt und darüber hinaus auch eine Sporthalle sowie Räume für Beratungen des Jugendamts und für die Volkshochschule, ein Familienzentrum und mehr: Kurzum: Hier soll ein Campus umfassender Hilfen und Förderungen für Kinder, Jugendliche und Familien entstehen. Doch das jetzige Scheunemann-Haus ist ein in die Jahre gekommener Bau aus den 60er Jahren, dessen Modernisierung sehr teuer wäre und der zudem zu klein ist, um die angestrebte Vielfalt der Nutzungen aufzunehmen. Er soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Geplant ist ein Gebäude mit einer Bruttogeschossfläche von ca. 10.000 Quadratmetern.

Freilich wird es nicht mehr während der Laufzeit des derzeitigen Fördergebiets gebaut werden, das bis 2028 ausläuft. Aber die Chancen für eine spätere Realisierung (eventuell mit Hilfe neuer Förderprogramme) stehen nun mal besser, wenn man schon vorbereitete Pläne in der Schublade hat – und für die Erarbeitung dieser Pläne stehen derzeit noch Fördermittel zur Verfügung. Deshalb erarbeitet das Architekturbüro ff Architekten im Auftrag des Bezirks derzeit ein Bedarfsprogramm samt Einpassungsplanung. Die sogenannte Bedarfsplanung soll bis Ende des Jahres abgeschlossen werden. Es handelt sich dabei um einen ersten Schritt: Erst auf dieser Grundlage können Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden. us



Kaum noch Umwandlung in Eigentumswohnungen

Neue Regelungen des §250 BauGB sind sehr effektiv

In der ganzen Stadt werden zunehmend weniger Anträge auf Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen gestellt. Das teilte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in einer Presseerklärung mit. Demnach wurden im vergangenen Jahr in Berlin nur noch für 142 Wohnungen und im 1. Halbjahr 2025 nur noch für 57 Wohnungen eine Umwandlung beantragt.

Seit Mitte 2021 gelten in Berlin die neuen Regelungen des § 250 des Baugesetzbuches (BauGB). Aufgrund der weiterhin angespannten Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt hat der Senat sie bis 2030 verlängert. Nach §250 des BauGB können die Kommunen die Genehmigung von Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen in den meisten Fällen versagen, die Eigentumswohnungen können dann nicht mehr ins Grundbuch eingetragen werden. Diese Regelung gilt allerdings nur befristet, nur in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten und nicht für Neubauten. Sie wurde erst kürzlich vom Bundestag bis zum Jahresende 2030 verlängert.

In den sozialen Erhaltungsgebieten, oft auch Milieuschutzgebiete genannt, ist eine Umwandlung zusätzlich erschwert. Hier gilt neben dem § 250 auch der § 172 des BauGB bzw. die Umwandlungsverordnung Landes Berlin, die im März ebenfalls bis 2030 verlängert wurde und die ebenfalls eine Genehmigungspflicht für Umwandlungen vorsieht. Rund ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner lebt inzwischen in so einem Milieuschutzgebiet. Dort wurden im gesamten Jahr 2024 sowie im 1. Halbjahr 2025 nach Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sogar gar keine Anträge auf Umwandlung mehr gestellt.

Der Markt für Eigentumswohnungen in Berlin ist mit den Zinserhöhungen und der beginnenden Wirtschaftskrise des Jahres 2022 deutlich eingebrochen und erholt sich seitdem nur langsam. Die Umsatzzahlen des Jahres 2024 lagen sowohl in der Anzahl als auch im Preis der verkauften Wohnungen deutlich unter denen des Jahres 2021. cs

Regenwasser- management in Moabit ausgeschrieben

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt hat die Durchführung eines integrierten Regenwassermanagements für Moabit ausgeschrieben. Moabit ist ein dicht mit Wohn- und Gewerbegebäuden bebauter Ortsteil und von Bundeswasserstraßen umschlossen, die größte unversiegelte Grünfläche auf der »Moabiter Insel« ist der Fritz-Schloß-Park. Im Untersuchungsgebiet treten bei Starkregenereignissen regelmäßig Überflutungen auf. Gegenstand der Ausschreibung ist die Erarbeitung eines integrierten Regenwasserkonzepts. In diesem Zusammenhang sollen u.a. das Starkregenrisiko, die Überflutungsfährdung und Schadenspotenziale analysiert werden. Lokale Überflutungsrisiken sollen bewertet und Risikosteckbriefe erstellt werden. Zudem sollen Handlungskonzepte für eine dezentrale Regenwasserbewirtschaftung sowie für häufige und intensive Starkregenereignisse erarbeitet werden.



Parklets wie das vor dem Stadtteilladen tragen zu mehr Grün in Moabit bei – für ein klimaresilientes Moabit braucht es allerdings viel mehr unversiegelte Flächen, als bislang vorhanden sind.

Senat will stärker gegen »möbliertes Wohnen auf Zeit« vorgehen

In Berlin findet man inzwischen nur noch mit viel Glück Mietwohnungen, die nicht befristet und möbliert sind. Dagegen setzen immer mehr Vermieter auf das lukrative Modell des »möblierten Wohnens auf Zeit«, das gesetzliche Grauzonen zwischen gewerblicher und Wohnnutzung ausnutzt und die Mieten in die Höhe treibt. Doch nun sagt Berlin dieser Vermietungspraxis den Kampf an, zumindest in bestimmten Kiezen, den Berliner Milieuschutzgebieten. Laut Martin Pallgen, Sprecher der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, wolle man »in sozialen Erhaltungsgebieten grundsätzlich nur noch die unbefristete Vermietung von Wohnraum zulassen«. Man strebe »ein grundsätzliches Verbot von Wohnen-Auf-Zeit-Modellen« in diesen Gebieten an, sagte er dem Tagesspiegel. Der Bezirk Neukölln verfährt bereits seit einigen Monaten so. Nun will der Senat diese Praxis berlinweit vorschreiben. Als Hebel soll eine neue Antragspflicht dienen: Demnach brauchen Vermieter künftig eine Genehmigung des jeweiligen Bezirksamts, um Wohnungen befristet auf den Markt zu bringen. Liegt die Wohnung in einem der 82 Berliner Milieuschutzgebiete, soll die Genehmigung nicht erteilt werden.

Film und Stolpersteinverlegung

Am 8. November wird im Familienzentrum Meerbaum-Haus der Film »In den Seiten der Zeit – Ich leb' so gern« präsentiert. Im Mittelpunkt steht die junge Berlinerin Gerda M. Meyer, die in den Jahren 1929 bis 1948 stichwortartig in kleinen Taschenkalendern alle Facetten ihres Lebens als damalige NS-Verfolgte dokumentierte. Gerda Meyers Urgroßnichte Ulrike Cordier brachte diese Notizen in eine gedruckte Form und wollte dieses historische Dokument auch anderen zugänglich machen. Nahelegend war eine Kooperation mit der Alice Salomon Hochschule in Berlin, denn Gerda war eine der ersten Schülerinnen der damaligen »Sozialen Frauenschule«. So entstand unter Anleitung der Professorin Johanna Kaiser und der Filmemacherin Johanna Pohland in zwei Semestern der Film »In den Seiten der Zeit – Ich leb' so gern«. Ulrike Cordier wird bei der Filmvorführung anwesend sein und im Anschluss für Fragen und zur Diskussion zur Verfügung stehen.

Samstag, 8. November, 19 Uhr, Familienzentrum Meerbaum-Haus, Siegmunds Hof 20, 10555 Berlin

In diesem Zusammenhang wird auch auf die Stolpersteinverlegung für Gerda M. Meyers Cousine Hanni Kraft und deren Familie hingewiesen. Hanni Kraft wurde mit ihrem Mann Leo und dem gemeinsamen Sohn Hans Jürgen am 14. November 1941 von Berlin mit 980 weiteren Menschen vom Bahnhof Berlin-Grunewald in das Ghetto Minsk verschleppt, die meisten von ihnen wurden bald darauf ermordet. Nur vier der 983 Deportierten dieses Transports haben überlebt.

Die Stolpersteinverlegung findet am Freitag, dem 14. November um 10 Uhr statt: vor der Altonaer Straße 5, 10555 Berlin.

Modellprojekt Lübecker Straße

Wie geht es eigentlich mit dem Planungsverfahren für den Umbau der Lübecker Straße voran? Denn die soll ja in den nächsten Jahren zumindest in großen Teilen verkehrsberuhigt, begrünt und klimaresilienter ausgestattet werden. Ende Mai hatte dazu bereits eine große Bürgerbeteiligung direkt vor Ort stattgefunden. Dabei wurden auch vier Planungsvarianten gezeigt, Anwohnerinnen und Anwohner konnten die von ihnen bevorzugte Variante markieren. In den letzten Monaten wurden diese vier Varianten mit einer Bewertungsmatrix geprüft und mit dem Bestand verglichen. Dabei wurden u.a. die Kriterien Sicherheit, Komfort und Attraktivität für den Fuß- und Radverkehr, Abstellanlagen für Fahrräder und Pkw, Barrierefreiheit, Liefer- und Ladezonen, Minimierung des Durchgangsverkehrs, Begegnungs- und Verweilorte, Verschattung, Entsiegelung und Begrünung sowie Städtebau berücksichtigt. Außerdem wurde das Ergebnis der Beteiligung als Kriterium aufgenommen. Da drei der vier Varianten ähnlich gut abschnitten, entschieden sich das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt und das Planungsbüro gruppe planwerk dafür, Elemente aus den Varianten in zwei neue Varianten zu überführen.

Beide Varianten haben die Ausweisung als verkehrsberuhigten Bereich, Baumpflanzungen (wobei noch Abstimmungen mit den Leitungsbetreibern geführt werden müssen) und eine hohe Anzahl an Grünflächen mit Versickerungsmulden gemeinsam. Bis Ende November soll die Vorplanung abgeschlossen sein. Im Frühjahr 2026 sollen die Bauplanungsunterlagen zur Prüfung eingereicht werden.



Jugendverkehrsschule: Machbarkeitsstudie

Die Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße ist schon seit Beginn des Sanierungsgebiets ein großes Thema. Die jeweiligen gewählten Stadtteilvertretungen forderten regelmäßig die Ertüchtigung, Sanierung und Öffnung des Areals auch für andere Nutzerinnen und Nutzer als nur Schulen und Kitas. Nun nimmt das Verfahren Fahrt auf, federführend ist dabei die Schul- und Sportverwaltung des Bezirks. Mit der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie wurde das Büro ff-Architekten zusammen mit dem Unterauftragnehmer S.T.E.R.N. mbH beauftragt. Geprüft werden soll dabei auch, inwieweit ein saniertes Bestandsgebäude oder aber ein Neubau weitere Nutzungen, etwa die Bruno-Lösche-Bibliothek, aufnehmen könnten. Nach Vor-Ort-Besichtigungen der Jugendverkehrsschule und der Bruno-Lösche-Bibliothek mit den jeweils zuständigen Trägern stellten die beauftragten Büros Anfang Oktober ihre Bestandsanalyse sowie erste Varianten zur Lage und Kubatur der Baukörper vor. Bestätigt wurde auch, dass eine grundlegende Erneuerung der Gesamtanlage des Fahrgartens erforderlich ist. Das gesamte Areal der JVS soll als Gemeindebedarfsfläche mit hohem Grünanteil bei sensiblem Umgang mit den Bestandsgehölzen erhalten werden. Die Variantenuntersuchung wird fortgesetzt.

Querungshilfe auf der Straße Alt-Moabit gefordert

Die Stadtteilvertretung Turmstraße plädiert erneut für eine Querungshilfe auf der Straße Alt-Moabit zwischen Krefelder Straße und Stromstraße sowie für die Verbesserung der Situation von Passanten und wartenden BVG-Fahrgästen an der südlichen Bushaltestelle nahe dem U-Bahnausgang. Beide Forderungen waren bereits Bestandteile des STV-Beschlusses »Alt-Moabit nicht links liegen lassen!« vom 16.3. 2021.

Als konkrete Maßnahmen schlägt die Betroffenenvertretung den Bau einer Mittelinsel als Querungshilfe und die Errichtung einer Kaphaltestelle für die Busse an der Südseite der Straße vor. Der Platz für Mittelinsel und Kaphaltestelle soll vor allem durch Fahrbahnverschnenkungen, Wegfall von Parkplätzen sowie die Verlagerung des Taxistandes gewonnen werden.

Auf zum nächsten Müllgipfel

Müll im öffentlichen Raum bleibt eine große Herausforderung. Deshalb lädt der Bezirk nun zum zweiten großen Müllgipfel ein: Am Freitag, dem 21.11., ab 14 Uhr in der Kornelius-Gemeinde, Dubliner Straße 29 (Wedding). Der Müllgipfel des letzten Jahres Müllgipfel fand im Soldiner Kiez (ebenfalls Wedding) statt, in diesem Jahr geht es um konkrete Maßnahmen im Parkviertel. Doch auch für Nicht-Weddinger könnte die Teilnahme gewinnbringend sein, geht es doch darum, offen über das Müllproblem in Mitte zu sprechen und Ideen, Strategien und konkrete Handlungsmöglichkeiten für mehr Sauberkeit in den Kiezen zu entwickeln. Der Müllgipfel 2.0 ist Teil der Kampagne #MitteMachtSauber und wird in Kooperation mit der Kornelius-Kirchengemeinde durchgeführt.



Moabiter Kinderhof rundumerneuert

Am 17. Oktober wurden Neubau und Außenanlagen feierlich eingeweiht

Die Moabiter Stadtkinder können sich freuen: endlich ist ihr Kinderhof in der Seydlitzstraße 12 und damit ein Stück Natur wieder uneingeschränkt nutzbar. Am 17. Oktober wurde der »Moabiter Kinderhof« nach umfangreichen Bauarbeiten feierlich eröffnet – mit viel Prominenz: Grußworte gab es nicht nur von den drei Bezirksstadträten Christoph Keller, Ephraim Gothe und Christopher Schriener, sondern sogar von Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler. Mit der Fertigstellung des Neubaus und der Neugestaltung der Außenbereiche in der Seydlitzstraße 12 verfügt der Moabiter Kinderhof nun über moderne und nachhaltige Innen- und Außenflächen, um die Spiel-, Lern- und Freizeitangebote der beliebten Kinder- und Jugendeinrichtung zu sichern und zu erweitern. Das Projekt wurde vom Jugendamt Mitte initiiert und in Kooperation mit dem Straßen- und Grünflächenamt sowie dem Stadtentwicklungsamt verantwortet. Die Kosten für die Umsetzung betrugen insgesamt 4,5 Millionen Euro, davon 4,2 Millionen Euro für den Neubau und 325.000 Euro für den Außenbereich. Hierfür wurden Mittel aus den Bund-Länder-Förderprogrammen »Sozialer Zusammenhalt« und »Nachhaltige Erneuerung« bereitgestellt. In einem ersten Schritt hatte der Bezirk im Jahr 2016 zur Sicherung der Kinder- und Jugendeinrichtung das Grundstück und die angrenzenden Flächen mit Mitteln der »Nachhaltigen Erneuerung« vom Bund erworben. Während der Planungs- und Bauphase fanden vielfältige Beteiligungsaktionen statt, so flossen auch die Wünsche, Anregungen und Ideen der Kinder und Jugendlichen als Nutzer ein.

2019 wurde der Entwurf des Spielhauses von Kersten Kopp Architekten GmbH im Rahmen eines Gutachterverfahrens mit dem 1. Preis ausgezeichnet. Das neue, kompakte Gebäude fügt sich in den alten Baumbestand aus Kastanien, Buchen und Eichen ein. Herzstück des Hauses ist der große Multifunktionssaal mit einer offenen Küche und direktem Zugang zum Garten, zu Hochbeeten und einem Lehmofen. Hinzu kommen flexibel nutzbare Räume für Musik, Theater, kreative Aktivitäten oder Rückzugsangebote. Die Räume können durch mobile Trennwände und variabel nutzbare Flächen je nach Bedarf zusammengelegt oder separiert werden – von kleinen Gruppenangeboten bis zu größeren Veranstaltungen. Die neu gestalteten Außenflächen (Büro Barbara Wilecke – planung.freiraum) laden mit Bauecke, Bühne, Kräuterspirale, Hochbeeten und Aufenthaltsbereichen zum Spielen, Bauen und Gärtnern ein. Die Grundstruktur ist offen: Das Design kann also künftig von den Kindern immer wieder verändert und weitergebaut werden. Ökologische Materialien, Versickerungsmulden und klimaresiliente Bepflanzung sorgen für einen zukunftsfähigen Umgang mit Regenwasser. Last but not least: Auch die beliebte Kaninchenfamilie hat ein neues Zuhause mit größeren Rückzugsbereichen erhalten.

»Mach mit Moabit«

Die Moabiter Quartiersmanagements – das QM Moabit-Ost und das QM Beusselstraße, die aus dem Programm »Sozialer Zusammenhalt« gefördert werden – nähern sich langsam ihrem Ende. Auch in den QMs macht man sich Gedanken, wie es nach der Aufhebung mit dem Engagement in Moabit weitergeht und wie Projekte und Initiativen auch ohne die Unterstützung des Förderprogramms erhalten bzw. weiterbetrieben werden können: »Verstetigung« nennt man das. Die beiden QMs haben nun das gebietsübergreifende QM-Projekt »Mach mit Moabit« initiiert, das am 10. November mit einer Auftaktveranstaltung in der Heilandskirche startet. Denn, so die Überzeugung der Quartiersmanager, »Moabit steckt voller Engagement, Ideen und Menschen, die sich für ihren Stadtteil einsetzen.« Unter dem Dach von »Mach mit Moabit« soll künftig diese Energie gebündelt, sichtbar gemacht und neue Wege der Zusammenarbeit gestaltet werden. Auf der Auftaktveranstaltung geht es darum, wie es weitergeht nach der Aufhebung der Quartiersmanagements. Was braucht es, um Moabit gemeinsam weiter zu gestalten? Und wie und wofür können die vielen, die sich engagieren oder engagieren möchten, auch in Zukunft vernetzt bleiben? Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! us

»Mach mit Moabit«, Auftaktveranstaltung am 10. November, 18.30–21.00 Uhr, Heilandskirche, Thusnelda-Allee 1, 10555 Berlin

Kino für Moabit vor dem Aus?

Zum Abschluss seiner Filmreihe über Frauen in der DDR präsentiert »Kino für Moabit« am 23. November im SOS-Kinderdorf den diesjährigen Sommer-Arthaushit »Wilma will mehr« (2025, R: Maren-Kea Freese, 112 min). Elektrikerin, Maschinistin, Obst-Expertin, Optimistin: Wilma (Fritzi Haberlandt) ist eine Frau mit vielen Talenten und Zertifikaten. Als ihr Mann sie betrügt und ihr der Job gekündigt wird, zieht sie nach Wien. Mit Mitte 40 fängt sie als Handwerkerin hier wieder von vorne an und repariert sich durch die Stadt ... Ende November geht es weiter mit Filmen im Rahmen des Programms »die gärten von morgen – erinnern, pflegen, weiterdenken«. In Kooperation mit interbau e.V. zeigt »Kino für Moabit« am 26. November »Mein Nachbar Totoro« (Japan 1988, R: Hayao Miyazaki, 86 min) im Café Tiergarten, und am 3. Dezember »Wild Plants« (CH/D 2016, R: Nicolas Humbert, 108 min). Aktuelle Programminformationen findet man auf der Kino-für-Moabit-Website (s.u.) Das »Kino für Moabit« braucht weiterhin Ihre Unterstützung! Denn die Städtebauförderung für das Gebiet rund um die Turmstraße läuft ab dem nächsten Jahr aus. Und damit endet im Dezember 2025 auch die bisherige Förderung des »Kino für Moabit«, das vom Verein »Moabiter Filmkultur e.V.« betrieben wird. Das Ende dieses sehr beliebten Kulturangebots wäre ein äußerst herber Verlust für das Gebiet, das über keine Multiplexe oder altherwürdige Kinosäle verfügt, aber über kleine, feine, großteils ehrenamtlich betriebene Projekte wie der »Filmrauschpalast« oder eben »Kino für Moabit«. Hinter letzterem steht ein gemeinnütziger Verein, der seit 15 Jahren auf der Moabiter Insel und darüber hinaus ein Wanderkino organisiert. Damit knüpft er an die früheste Form des Kinos an, als es noch Teil von reisenden Jahrmärkten war. Auch »Kino für Moabit« ist eine Art Wanderkino, das ausgewählte Filme an unterschiedlichen Orten zeigt. Für die Aufrechterhaltung des Angebots braucht es jedoch finanzielle Mittel. Deshalb hat der Verein im Sommer dazu aufgerufen, sich für den Erhalt des Kinos einzusetzen – mit einer Unterschrift unter einer entsprechenden Petition, aber auch mit Spenden, auf die der Verein künftig noch stärker angewiesen sein wird. Viele haben bereits den Aufruf unterzeichnet, darunter auch etliche bekannte Kulturschaffende. Doch die Zukunft von »KfM« ist weiterhin ungesichert. Die Rettungskampagne des Vereins bleibt daher aktuell, jede Unterschrift und jede Spende zählt!

Mehr zum Kino für Moabit finden Sie unter: www.moabiter-filmkultur.de. Spenden können Sie an: Moabiter Filmkultur e.V., IBAN: DE24 8306 5408 0004 1135 78, Deutsche Skatbank. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Für den Erhalt des Kinos können Sie direkt auf [Change.org](https://change.org) unterzeichnen: www.change.org/p/kino-für-moabit-retten-jetzt

Geräumt

Vorläufiges Ende eines Rechtsstreits um »Ari«

Am frühen Morgen des 17. Oktober ließ das Bezirksamt Mitte mit Unterstützung von ca. 25 Polizeibeamten die Friedensstatue »Ari« abbauen und abtransportieren. Damit setzte das Bezirksamt Mitte die bereits angedrohte sogenannte Ersatzvornahme um – unter Protest von Anwohnerinnen und Anwohnern. Dem vorausgegangen war eine lange Auseinandersetzung zwischen dem Korea Verband, der die Statue vor fünf Jahren an der Ecke Birken-/Bremer Straße aufgestellt hatte, und dem Bezirksamt Mitte, die schließlich auch vor Gerichten ausgetragen wurde. Die Statue erinnert an jene koreanischen und chinesischen Mädchen und Frauen, die während des 2. Weltkriegs vom japanischen Militär verschleppt, missbraucht und in Truppenbordellen zur Prostitution mit japanischen Soldaten gezwungen worden waren. Zugleich gilt sie als Symbol des generellen Protestes gegen sexualisierte Gewalt in Kriegen, insbesondere gegen Frauen. Japan hatte seitdem nachdrücklich den Abbau der Statue verlangt. Im letzten Jahr hatte das Bezirksamt erneut den Korea-Verband aufgefordert, die Statue aus dem öffentlichen Raum zu entfernen. Es berief sich dabei auf die Verwaltungspraxis, Kunstwerke im öffentlichen Raum nur zwei Jahre lang zu genehmigen, damit auch andere Werke präsentiert werden können. Das Bezirksamt hatte öffentlich zugängliche Alternativstandorte angeboten, die aber vom Korea-Verband abgelehnt wurden. In letzter Instanz entschied dann das Verwaltungsgericht Berlin im Oktober in einem Eilverfahren zugunsten des Bezirks: die »Trostfrauen-Statue« habe keinen Anspruch auf einen dauerhaften Standort im öffentlichen Raum. us



Vietnamesisch-deutscher Austausch und Junge Kunst

Zwei neue Ausstellungen in der Galerie Nord

Zum Jahresende präsentiert der Kunstverein Tiergarten zeitgleich zwei Ausstellungen, die sich dem künstlerischen Nachwuchs und dem interkulturellen Austausch zwischen Deutschland und Vietnam widmen.

Der »Month of Art Practice« (MAP) ist ein jährlich stattfindendes Projekt des Heritage Art Space in Hanoi. Internationale Kunstschaffende kommen hier mit Absolventinnen und Absolventen der Kunsthochschulen zusammen, in Kooperation mit der HdK Bremen wurde das Format um eine Arbeitsgruppe in Deutschland erweitert. Das Projekt erarbeitete seit 2022 diverse Sichtweisen auf das Thema Mobilität in analogen und digitalen Formaten. Aus unterschiedlichen Perspektiven blicken die Künstlerinnen und Künstler auf die Bewegung von Menschen, Gütern, Ideen und immateriellen Dingen sowie auf die Spuren, die hinterlassen werden.

Zum Abschluss des Kooperationsprojekts thematisiert die Gruppenausstellung »MAP 2025 – Arrival? Bremen – Hanoi – Berlin« den Begriff des Ankommens. Elf Künstlerinnen, Künstler und zwei Kollektive setzen sich mit Themen wie Migration, Sprache und Übersetzung, interkulturellem Austausch sowie dem globalen Verkehr auseinander. In Performances, Soundarbeiten, partizipativen Aktionen, Videos und Skulpturen geht es um Reisen, den Sackgassen des Güterverkehrs, geteilte Rituale oder den Verlust von Raum-Zeit-Koordinaten.

Die Ergebnisse der Zusammenarbeit werden sowohl im Stadtraum sowie in zwei parallelen Ausstellungen in der Galerie Nord | Kunstverein Tiergarten in Berlin und im Long Bien Art Space in Hanoi präsentiert und abschließend in einer Publikation dokumentiert.

»MAP 2025 – Arrival? Bremen – Hanoi – Berlin«, Galerie Nord, Turmstraße 75, 14. 11.–23. 12. 2025, Di–Sa 11–19 Uhr

Seit über 20 Jahren wird der »Jugendkunstpreis Berlin Mitte« von der MiK Jugendkunstschule mit Unterstützung der Schulaufsicht Mitte vergeben, in diesem Jahr erstmals in drei Altersgruppen (12–14 / 15–17 / 18–22 Jahre). Die MiK Jugendkunstschule möchte mit dem Jugendkunstpreis junge Talente in ihrer künstlerischen Entwicklung fördern und ihnen eine Bühne geben, um ihre Ideen, Gefühle und Sichtweisen auszudrücken. Zu sehen sind eine große Auswahl der von jungen Künstlerinnen und Künstlern eingereichten Werke, die von analoger Fotografie über Collage, Filmen, Graffiti, Malerei, Skulpturen bis hin zu Zeichnungen reichen.

Ausstellung im Projektraum, Turmstraße 75, 14. 11. 2025 bis 24. 1. 2026

Ende des Ortstermins

Vom [fast] stillen Verschwinden einer Moabiter Marke

Etwas hat gefehlt in diesem Herbst und viele Kunst- und Kulturinteressierte in Moabit, aber auch außerhalb haben ihn schmerzlich vermisst: den »Ortstermin«, den der Kunstverein Tiergarten / Galerie Nord seit 2006 jährlich organisierte. Jeweils an einem Wochenende im Jahr fand das beliebte Kunst- und Kulturfestival in Moabit und im Hansaviertel statt, die Galerie Nord war das Festivalzentrum. Das Besondere daran: Kunst fand man nicht nur dort, wo man sie gewöhnlich vermutet, nämlich an obligatorischen Kunstorten wie Galerien. Von Freitag bis Sonntag öffneten sich auch Räume, die man sonst nicht zu sehen bekommt, etwa Ateliers oder Wohnungen von Künstlerinnen und Künstlern. Auch Cafés oder Geschäfte, leerstehende Gewerberäume wie eine ehemalige Bäckerei, Kirchen oder Keller wurden zu temporären Ausstellungsorten und manchmal auch der öffentliche Raum. Rundgänge führten auf unterschiedlichen Touren durch den Kiez. Dem Ortstermin ging der jährliche Open Call zu einem bestimmten Thema voraus, meist mit gesellschaftlichem Bezug, Moabiter Künstlerinnen und Künstler konnten sich dann bewerben.

Über die Jahre hatte sich dieses kleine und sehr besondere Kunstfestival weit über Moabiter Grenzen hinaus einen sehr guten Ruf erworben und auch Moabit bekannt gemacht.

Doch in diesem Jahr beschloss das Bezirksamt Mitte, den Ortstermin nicht mehr zu fördern, und schrieb stattdessen im Frühjahr ein gemeinsames Festival für Moabit und Wedding mit dem Titel »MoWe« aus, Laufzeit: bis 2027. Die Bewerbung des Kunstvereins Tiergarten wurde von der eingesetzten Fachjury zwar ausdrücklich zur Umsetzung empfohlen, laut dem Kunstverein wurde ihm jedoch die verwaltungstechnische Zusage verwehrt – den Zuschlag erhielt der Zweitbietende. Der Ortstermin Moabit wurde damit sang- und klanglos abgeschafft. Ein ziemlich würde- und respektloser Vorgang.

us



Wahlkampf um Kiezblocks

Neue »Fußgängerzone« in der Wedding Maxstraße abgepollert

Die politische Auseinandersetzung um die Kiezblocks nimmt an Schärfe zu und entwickelt sich zusehends zu einem Wahlkampfthema für den kommenden September. Dabei verläuft eine sichtbare Konfrontationslinie zwischen der Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt Ute Bonde (CDU) und mehreren Bezirksämtern, darunter dem Bezirksamt Mitte und hier insbesondere dem für das Straßen- und Grünflächenamt zuständigen Bezirksstadtrat Christopher Schriner (Bündnis 90 / Grüne). Viele halten jedoch weniger die Verkehrssenatorin als vielmehr den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus Dirk Stettner für die treibende Kraft in der Verkehrspolitik des Senats.

So wird das Abgeordnetenhaus zunehmend zur Bühne für diesen Konflikt: Am 9. Oktober warfen dort die Grünen der Verkehrssenatorin die Verschwendung von Steuergeld vor. Bonde hatte im Mai abrupt angewiesen, die Finanzierung aller Kiezblocks in der Stadt zu beenden, obwohl sie von der Rechtsabteilung ihres Hauses darauf aufmerksam gemacht wurde, dass die Verträge, die die Bezirke zur Umsetzung dieser Vorhaben bereits abgeschlossen hatten, gültig sind und nicht einfach einseitig beendet werden können. So hatte der Bezirk Mitte bereits einen großen Auftrag zur Untersuchung potenzieller Gebiete für Kiezblocks vergeben, der unter anderem öffentliche Spaziergänge von Anwohnenden und Experten in diesen Gebieten vorsah. Die fanden teilweise mit großer Beteiligung auch tatsächlich statt. Doch nach der Anweisung der Verkehrssenatorin konnte der Bezirk die Rechnung des beauftragten Planungsbüros nicht mehr begleichen, das daraufhin einen

gerichtlichen Mahnbescheid erwirkte. Das beauftragte Büro liegt mit etwa 50 Mitarbeitenden zwar im Grenzgebiet von »Kleinunternehmen« und »mittelgroßen Unternehmen«, die Summe von 144.000 Euro, um die es geht, steckt aber auch so ein Betrieb nicht einfach so weg.

Die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen, Oda Hassepaß, kritisierte im Abgeordnetenhaus, Berlin sei somit ein finanzieller Schaden entstanden und forderte, den Stopp sofort aufzuheben und die zugesagten Gelder freizugeben. Die Verkehrssenatorin argumentierte, mit ihrer Anweisung habe sie einen größeren volkswirtschaftlichen Schaden verhindert, zudem seien Menschenleben gefährdet, weil die Poller Rettungskräfte bei Noteinsätzen behinderten.

Kritik kam aber auch von Seiten des Koalitionspartners. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Tino Schopf: »Es sind genau solche Aktionen, Frau Bonde, die es verdammt schwer machen, sich als Koalitionspartner hinter Sie zu stellen.«

Nicht betroffen vom Stopp des Senatsprogramms sind die Kiezblocks in der Nördlichen Luisenstadt im Ortsteil Mitte und im Antonkiez (Wedding). Denn werden nicht aus Senatsmitteln finanziert, sondern aus Forschungsgeldern des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV).

In der Wedding Maxstraße wurde deshalb Mitte Oktober ein ganzer Straßenabschnitt abgeriegelt und in eine »Fußgängerzone« verwandelt. Damit wird der Kfz-Durchgangsverkehr unterbunden und die Verkehrssicherheit im Umfeld der Wedding-Schule verbessert. Zudem wurde ein Büro beauftragt, gemeinsam mit den Anwohnenden bis zum Ende des Jahres die »Vision eines neuen Stadtplatzes« zu entwickeln, der die Aufenthaltsqualität im Antonkiezes steigern soll.

Das könnte in Zukunft Bedeutung haben – und zwar unabhängig davon, welche politische Einstellung die Leitungsebene der künftigen Verkehrsverwaltung einnimmt. Denn die technische Entwicklung läuft weltweit derzeit klar in Richtung selbstfahrender Automobile. Auch in Spandau erprobt die BVG seit Oktober erstmals den Einsatz von fahrerlosen Shuttle-Bussen. Wenn aber in gar nicht mehr so ferner Zukunft unsere Automobile in der Lage sein werden, sich selbstständig einen Parkplatz zu suchen, dann wird das Deponieren privater Automobile an den Straßenrändern endgültig fragwürdig. Denn sie könnten ja auch in Tiefgaragen und Quartiersparkhäusern unterkommen. Dann aber stellt sich die Frage, wie wir den wieder gewonnenen öffentlichen Raum nutzen wollen.

cs

Zu den Kiezblocks in Mitte gibt es eine ausführliche Website des Straßen- und Grünflächenamtes. Man findet sie am besten, indem man auf der Suchmaske von berlin.de »Kiezblocks Mitte« eingibt. Über den aktuellen Stand des »Stadtplatzes« im Antonkiez unterrichtet maxstrasse.platzgruppe.org





Demnächst mehr Inder als Polen

Der Zuzug aus dem Subkontinent nach Berlin ist enorm

Die etwas Älteren unter uns werden sich noch erinnern: »Kinder statt Inder« war ein Slogan, der im Jahr 2000 Furore machte, ähnlich wie heute der »Stadtbild«-Spruch von Friedrich Merz. Doch Jürgen Rüttgers, damals der Spitzenkandidat der CDU in nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf, musste noch fünf Jahre warten, bis sein Kalkül aufging und er Ministerpräsident wurde. Und außerdem hörten die Deutschen offenbar nicht auf ihn, jedenfalls brachten sie in der Folge nicht mehr Kinder auf die Welt. Dafür kommen Inder.

In der Berliner Ausländerstatistik bilden indische Staatsbürger bereits die viertgrößte Gruppe. Am 30. Juni 2025 waren insgesamt 45.198 vom Einwohnermeldeamt registriert. Die Zahl wächst rapide: In Mitte 2019, also vor dem Ausbruch der Corona-Epidemie, führte die gleiche Statistik nur 10.675 Staatsangehörige Indiens auf. In nur sechs Jahren hat sich deren Anzahl also mehr als vervierfacht. Und schon in Kürze werden die Inderinnen und Inder die Polinnen und Polen vom dritten Platz der Statistik verdrängen. Denn die Zuwanderung aus unserem Nachbarland kehrt sich allmählich in Abwanderung um, weil in Polen Arbeitskräfte noch dringender gesucht werden als hierzulande. Indien boomt sogar noch viel stärker, es gilt derzeit als eine der am stärksten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Dort drängen zugleich sehr starke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt: derzeit mehr als 25 Millionen junge Erwachsene pro Jahr (zum Vergleich: in Deutschland sind es nur etwa 800.000). Und sie sind zunehmend besser ausgebildet. Denn die Mittelschicht, die ihren Kindern eine gute Bildung finanzieren kann, wächst nirgendwo auf der Welt so rapide wie in Indien.

Nur ein winziger Teil davon kommt zu uns. Um rund 9.000 erhöhte sich im vergangenen Jahr die Zahl der indischen Einwohner Berlins. Aber keine andere nationale Gruppe wächst derzeit in unserer Stadt so stark – selbst aus der kriegsgeschüttelten Ukraine und der kriselnden Türkei kamen im vergangenen Jahr per Saldo nicht so viele Menschen nach Berlin wie aus Indien. Seitdem im Jahr 2022 ein Migrationsabkommen zwischen Indien und Deutschland abgeschlossen wurde, hat sich der Zustrom junger Inderinnen und Inder in etwa verdoppelt. Gut ein Fünftel von ihnen kommt nach Berlin. Das liegt vermutlich an der großen Nachfrage nach Fachkräften im IT-Bereich in unserer Stadt, die schon im vergangenen Jahrzehnt eingesetzt hatte und die ersten Pioniere anlockte. Inzwischen arbeiten viele Inderinnen und Inder in Restaurantküchen, in der Logistikbranche oder als Paketzusteller – auch, um sich ein Studium zu finanzieren. Denn etwas mehr als die Hälfte der Visa für Inderinnen und Inder, so berichtete das rbb-Inforadio im März, wird für Studierende ausgestellt. Die Studiengebühren in Deutschland sind jedoch nur an staatlichen Hochschulen und Universitäten überschaubar – an privaten Hochschulen wie etwa die IU Internationale Hochschule, an die indische Interessierten oft vermittelt werden, sind die Kosten immens.

Viele dieser Studierenden arbeiten nebenbei beispielsweise als Lieferanten für Essensdienste: Inder auf Fahrrädern mit großen Warmhalteboxen gehören inzwischen zum Berliner Stadtbild, oft sieht man sie dabei telefonieren. Ein großes Problem ist für sie – wie für viele andere – die Wohnsituation, zumal der leergefegte Wohnungsmarkt der Stadt erstmal die Einheimischen privilegiert. Wer aus dem Ausland neu in Berlin aufschlägt, hat enorme Probleme damit, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die indischen Studierenden und hier Arbeitenden sind deshalb häufig auf Untermietverhältnisse angewiesen oder leben in äußerst beengten Wohngemeinschaften der Community, zudem sind die Wohnkosten oft hoch. Der »Tagesspiegel« berichtet von einer WhatsApp-Gruppe für Wohnungsvermittlungen, die rund 800 meist indische Mitglieder zähle. »Angeboten werden möblierte Zimmer für 600 Euro oder mehr – pro Mieter und bei Mehrfachbelegung der Zimmer.« Und ohne Mietvertrag, also auch ohne Mieterschutz. Hinzu kommen bürokratische Hürden, mit denen sie zu kämpfen haben, etwa bei der Aufenthaltserlaubnis der Ausländerbehörde oder den notwendigen Verlängerungen der Studentenvisa. Anwerben allein reicht eben nicht, wenn die Angeworbenen dann ganz auf sich gestellt sind. Schließlich ist das Land auch angesichts der Demografie auf die Zuwanderung von (künftigen) Fachkräften angewiesen.

cs

KOMMENTAR

Reden über das Stadtbild

Das muss man auch erstmal hinkriegen: eine Aussage in drei Akten (davon zwei, die allein dazu da sind, den ersten Akt irgendwie zu erklären), die eine wochenlange Debatte auslöst. Erster Akt: Wortlaut Friedrich Merz, am 14. Oktober auf einer Pressekonferenz: »Bei der Migration sind wir sehr weit. Wir haben in dieser Bundesregierung die Zahlen August 24, August 25 im Vergleich um 60 % nach unten gebracht, aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem, und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, jetzt in sehr großem Umfang Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen.« Das ist semantisch eigentlich eine unmissverständliche Kopplung der Begriffe »Migration« und »Problem im Stadtbild«. Da aber meist nur ab dem Wort »Stadtbild« zitiert wurde, war die Irritation groß. Denn natürlich fällt zum Thema »Probleme im Stadtbild« jedem und jeder etwas ein. Viele würden ja »Stadtbild« eher mit Hardware, also Immobilien bzw. unlebendigen Bestandteilen assoziieren: Manche denken an Graffiti an Hauswänden, andere eher an Dauerbaustellen oder Haltestellendisplays, die unverdrossen Verständnis für Verspätungen und Bahnausfälle fordern; wieder andere an Bauwerke wie den Stadtschlossnachbau, über dessen banale Ostfassade der Architekturkritiker Wolfgang Kil mal schrieb: »Wer sich nun aber vonseiten der Oststadt nähert und (...) vom Schloss-Gespens nur den nackten Arsch gezeigt bekommt, dem hilft am Ende auch kein Einheitsdenkmal.«



Das alles kann man als Problem im Stadtbild sehen. Allerdings, um auf Friedrich Merz zurückzukommen, wird der Innenminister wohl kaum die Rückführung von Schlössern oder Dauerbaustellen erwägen – wohin auch? Was genau der Bundeskanzler nun gemeint habe, wollte ein Journalist ein paar Tage später wissen. Zweiter Akt, wörtliche Antwort von Friedrich Merz: »Ich weiß nicht, ob Sie Kinder haben. Und wenn unter diesen Kindern Töchter sind, dann fragen Sie mal Ihre Töchter, was ich damit gemeint haben könnte. Ich vermute, Sie kriegen eine ziemlich klare und deutliche Antwort. Ich habe gar nichts zurückzunehmen.« Nun hat nicht jeder Mensch Töchter, aber die Hälfte der Bevölkerung ist selbst eine – und viele von denen meldeten sich nun zu Wort, teilweise auch mit spontanen Demonstrationen, und sagten ziemlich klar und deutlich, was sie so als Problem sehen. Dazu gehören u.a. auch übergreifende deutsche Männer, insbesondere im besoffenen Zustand (Stichwort Oktoberfest), die unter Röcke fotografieren, grapschen oder sexistische Bemerkungen und Zoten absondern. Übrigens finden es viele Frauen auch problematisch, wenn ihnen von Männern erklärt wird, was sie als Frauen problematisch finden sollen. Die Debatte nahm also gerade eine neue Wendung, als der dritte Akt folgte, wieder ein paar Tage später: Friedrich Merz konkretisierte, es gehe ihm um »Einwanderer ohne Aufenthaltsrecht und Arbeit, die sich nicht an die in Deutschland geltenden Regeln halten« würden. »Das bestimmt ganze Stadtteile, die auch unserer Polizei große Probleme machen.« Ganze Stadtteile voller Einwanderer ohne Aufenthaltsrecht – das ist allerdings eine gewagte These, zumal Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus ja niemandem auf die Stirn gemeißelt sind. Im Übrigen werden Illegale eher tunlichst vermeiden, sich irgendwo auffällig zu benehmen – das ist quasi der Kern von Illegalität. Und viele von denen, die »sich nicht an Regeln halten«, haben die deutsche Staatsbürgerschaft oder sind EU-Bürger. Was auch immer Merz eigentlich sagen wollte: »Stadtbild« meint nun mal etwas, was visuell sichtbar ist. Und deshalb fühlten sich ziemlich viele Menschen vor den Kopf gestoßen, auf die die Bundesrepublik eigentlich dringend angewiesen ist: Menschen mit migrantischen Wurzeln, die in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen arbeiten oder in der IT-Branche, die Busse fahren, auf Baustellen oder in Küchen schuften, die Lebensmittelgeschäfte aufbauen oder ganze Unternehmen wie Biontech. Immerhin birgt die Stadtbild-Debatte auch eine Chance: nämlich die, tatsächlich über den Zustand von Städten und Kommunen zu reden. Über marode Schulen und Spekulationsbrachen, über Grünflächen und Parks, für deren Pflege zu wenig Geld und Personal zur Verfügung steht, über geschlossene Schwimmbäder und Kulturstätten, über explodierende Mieten, die die Busfahrerinnen, Krankenpfleger oder Verkäuferinnen aus der Stadt treiben usf.

Und hin und wieder sollte man sich mal umdrehen und schauen, wer da bei der Wortkombination »Migration + Problem« ganz laut Beifall klatscht.

us



Ch. Eckelt

Blumenzwiebeln jetzt!

Bepflanze deine Baumscheibe in Mitte

Der Spätherbst ist der ideale Zeitpunkt, um Baumscheiben mit Blumenzwiebeln zu bepflanzen. Die Temperatur des Bodens sollte dafür zwischen null und zehn Grad Celsius liegen – das ist in unseren Breiten im November der Fall, in der Innenstadt manchmal auch im Dezember und selbst Anfang Januar.

Für das Bepflanzen einer Baumscheibe braucht man im Bezirk Mitte keine Genehmigung. Dennoch sollte man einige Regeln beachten, die das Straßen- und Grünflächenamt auf einer Website und in einem Flyer publiziert. U.a. sollte die Baumscheibe größer als 6 Quadratmeter und die Wurzeln des Baumes möglichst nicht zu sehen sein. Baumscheiben von jungen Bäumen dürfen nicht bepflanzt werden, da sie noch besonderen Schutz und viel Platz zum Anwachsen brauchen. Die Erdoberfläche der Baumscheibe sollte auch nach der Bepflanzung tiefer als der Fußweg liegen, so dass sich Regenwasser sammeln und versickern kann. Töpfe oder Kästen und andere Gegenstände sollte man möglichst nicht aufstellen. Sitzflächen werden vom Bezirk entfernt, da sie die Wurzeln schädigen und dem Baum schaden. Auch mit Zaun und Bepflanzung müssen Fahrbahn, Rad- und Gehweg ohne Behinderung nutzbar sein!

Das Straßen- und Grünflächenamt freut sich über Fotos beplanter Baumscheiben. Der Ansprechpartner heißt Günter Fuchs und ist per E-Mail unter: Guenter.Fuchs@ba-mitte.berlin.de zu erreichen. Die Website samt Info-Flyer findet man auf berlin.de, wenn man auf der Suchmaske »Bepflanze deine Baumscheibe« eingibt.

Weniger Geld für Grün und Klima?

Der Senat plant Kürzungen – und nimmt sie dann [teilweise] wieder zurück

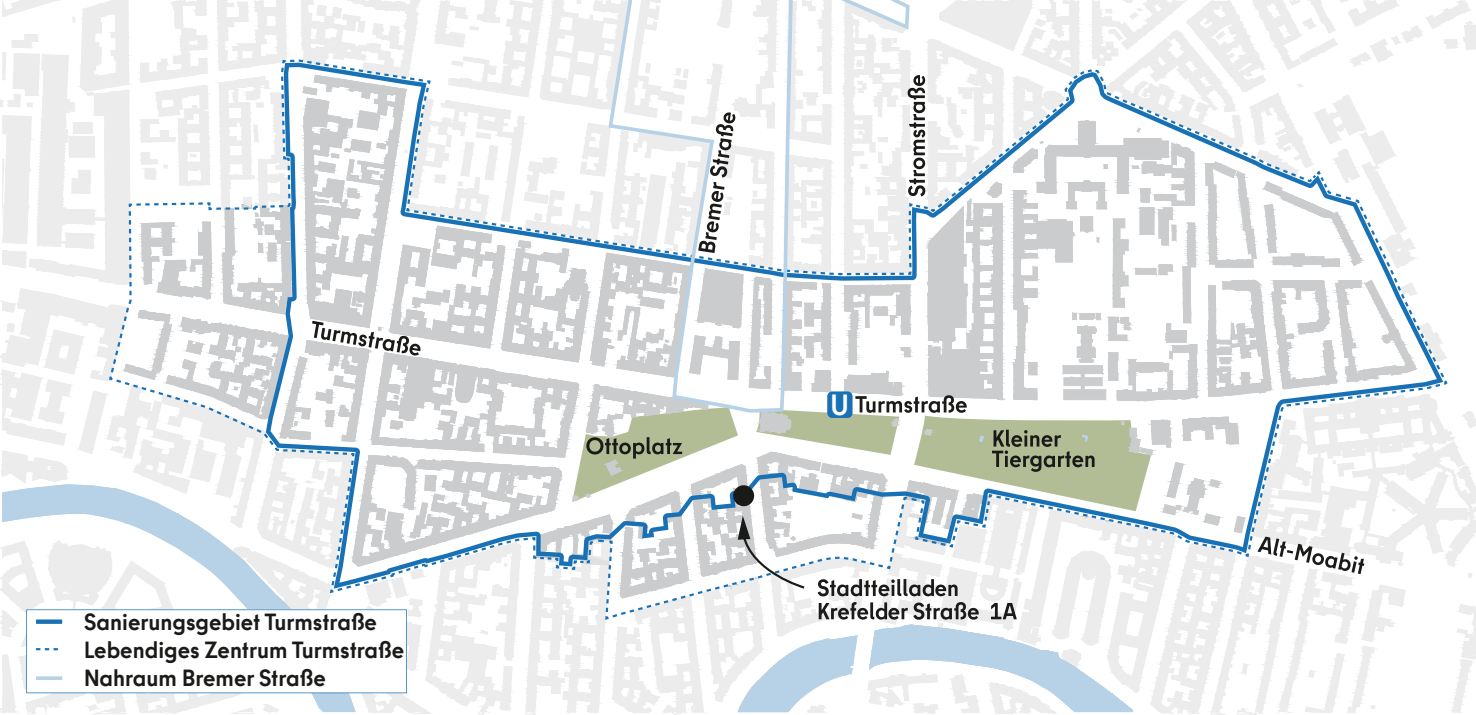
Die Straßen- und Grünflächenämter der Berliner Bezirke waren alarmiert, als im Sommer bekannt wurde, welche Kürzungsmaßnahmen der Berliner Senat im Haushaltsentwurf 2026 / 2027 für ihre Ressorts plante: ob die Parkläufer, die in städtischen Grünanlagen nach dem Rechten sehen, ob der Reparaturbonus oder die sehr erfolgreichen BSR-Kieztage als Kooperation zwischen den Bezirken und der BSR, bei denen Bürgerinnen und Bürger ihren Sperrmüll wohnortnah und kostenfrei entsorgen können: all das stand plötzlich auf der Streichliste. Und auch für die Grünflächenpflege sollte weniger Geld zur Verfügung stehen.

Acht Berliner Bezirksstadträte wandten sich daraufhin mit einem Brandbrief an den Regierenden Bürgermeister sowie an den Finanzsenator und die Umweltsenatorin (alle CDU) und warnten u.a. vor einem Kollaps der städtischen Parks: Viele Grünflächen seien nach sieben Jahren Dürre und Extremwetterereignissen in einem desolaten Zustand. Nach etlichen öffentlichen Protesten ruderte der Senat zumindest teilweise wieder zurück: Die Koalition habe einige geplante Kürzungen im Umweltbereich zurückgenommen, bestätigten CDU- und SPD-Umweltpolitiker gegenüber dem rbb. So soll der äußerst beliebte Reparaturbonus, das Berliner Förderprogramm für die Reparatur privater Elektrogeräte, mit 1,2 Millionen Euro weitergeführt werden. Der Senat hatte den Reparaturbonus erst im September 2024 gestartet, um eine nachhaltige Nutzung von Elektrogeräten zu unterstützen und zur Schonung von Ressourcen beizutragen. Außerdem sollen sich die Koalitionsfraktionen auf die Rücknahme weiterer Kürzungen geeinigt haben. So sollen auch die Parkläufer, die in bestimmten Grünanlagen auf Sauberkeit und die Einhaltung von Regeln achten, sowie die BSR-Kieztage weiter finanziert werden. Auch die Mittel für Baumpflanzungen in Höhe von 3,25 Millionen Euro wurden von der Streichliste genommen.

Wieviel Geld für Grünpflege und Klimaschutz am Ende wirklich zur Verfügung steht und wo schlussendlich gekürzt wird, bleibt freilich abzuwarten: Verbindliches weiß man wohl erst, wenn der Haushalt tatsächlich beschlossen wird.

Solarausbau schreitet rapide voran

In Berlin gibt es inzwischen insgesamt ca. 53.000 Solaranlagen mit einer Gesamtleistung von maximal 459 Megawattpeak. Damit hat sich die Anzahl der Solaranlagen seit Januar 2023 mehr als verdreifacht und die Maximalleistung mehr als verdoppelt. Das geht aus dem jährlichen Bericht des Senats zur Umsetzung des Solargesetzes hervor, das seit Anfang 2023 in Kraft ist. Danach sind Eigentümerinnen und Eigentümer beim Bau neuer Gebäude sowie bei wesentlichen Dachumbauten verpflichtet, eine Solaranlage zu installieren und zu betreiben.



Adressen

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe

Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di und Do 9–12 Uhr,
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiterin: Mandy Adam
(030) 90 18-457 27

Lebendiges Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße

Zimmer 180/181
Annett Postler (030) 9018-454 36
annett.postler@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Franziska Kind (030) 33 00 28 48
turmstrasse@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Do 16–18 Uhr
im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
(030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße

die raumplaner
Di 15–18 Uhr im Stadtteilladen,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Quartiersmanagement Beusselstraße

Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabitwest.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost

Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung

für die Bewohner der Milieuschutzgebiete Waldstraße und Birkenstraße sowie des Sanierungsgebiets Turmstraße
Sprechzeiten: Mo 16–18 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a, Telefonische Beratung Do 10–12 Uhr
(030) 44 33 81 23
www.mieterberatungpb.de
team-moabit@mieterberatungpb.de



Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	Bezirksamt Mitte	BERLIN	
---	------------------	---------------	--



Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Lost im Formular-Dschungel

Digitalisierung ist eine feine Sache. Früher ging viel Papier drauf, beispielsweise für die zahlreichen Formulare zahlreicher öffentlicher Ausschreibungen. Ungezählte namenlose Bäume mussten allein für Ausschreibungsformulare sterben. Inzwischen gibt es eine elektronische Vergabeplattform. Man sollte meinen, die Sache sei damit nicht nur papiersparender, sondern auch einfacher geworden. Spoiler: Nein.

Immerhin: Man hat es tatsächlich geschafft, sich bei der E-Vergabeplattform für eine einheitliche Software zu entscheiden, egal, ob Sie sich auf eine Ausschreibung in Pankow, Neukölln oder Böblingen bewerben. Natürlich kostet die Softwarenutzung was, Sie müssen sie bezahlen, jedes Jahr, aber ohne Software keine Bewerbung.

Auf der Vergabeplattform steht alles, was von der öffentlichen Hand ausgeschrieben wird. Laut EU-Regeln müssen öffentliche Aufträge ab einem bestimmten Volumen EU-weit ausgeschrieben werden – auch wenn es eher unwahrscheinlich ist, dass sich, sagen wir, ein portugiesischer Stadtplaner für das Fördergebiet Haselhorst interessiert.

Wenn Sie sich manchmal fragen, warum sich Bauvorhaben so lange hinziehen: Es liegt auch am Ausschreibungswesen. Denn bis so eine Ausschreibung erstmal erarbeitet ist, bis die Zentrale Vergabestelle des jeweiligen Bezirks (ja, jeder Bezirk hat eine eigene »Zentrale Vergabestelle«) das Werk auf der Zentralen Vergabeplattform eingestellt hat, bis die Bewerbungsfrist abgelaufen ist, die Angebote gesichtet und die Zuschläge erteilt sind, vergeht sehr viel Zeit. Und manchmal

passiert dann immer noch nix. Weil manchmal gar kein Angebot eingeht. Es könnte an den Formularen liegen.

Denn man muss dafür neben ausreichend Zeit sehr starke Nerven haben und letztere auch während der Online-Bewerbung bei sich behalten. Sie müssen sich durch einen E-Formular-Dschungel (EEE, UvGO, FFV, Datenschutz, Mindestlohn, Sanktionsgebote, ILO-Kernarbeitsnormen usw.) schlagen – das aber sehr aufmerksam: Wenn Sie irgendwo ein Kreuzchen an einer unscheinbaren, aber sehr wichtigen Stelle oder eine elektronische Unterschrift vergessen, sind Sie schon raus. Sie sollten auch wissen, was diese BHV ist, die – versteckt auf einem der vielen Formulare – von Ihnen gefordert wird (Berufshaftpflichtversicherung mit astronomischen Deckungssummen, deren Beiträge Sie natürlich auch jährlich zahlen müssen). Ferner brauchen Sie eine Bestätigung des Finanzamts, dass Sie pünktlich Ihre Steuern zahlen, müssen die Umsätze der letzten Jahre offenbaren sowie die passende Erfahrung und Befähigung nachweisen (wie machen das Berufseinsteiger?). Zum Schluss dürfen Sie dann endlich Ihr Preisangebot abgeben: bitte in Stück- oder Stundenpreisen oder beidem, jeweils netto und brutto, nach Kostenarten aufgeschlüsselt, pro Jahr und dann bitte nochmal insgesamt, in mehreren Varianten auf unterschiedlichen Formblättern. Holen Sie sich einen Excel-Experten dazu.

Und glauben Sie bitte nicht, nur weil Sie das geschafft haben, Sie wüssten nun, wie der Hase läuft: Denn jeder einzelne Fachbereich jedes Bezirks bastelt seine Ausschreibungen selbst, und deshalb sieht jede Ausschreibung garantiert anders aus – auch bei fast identischen Leistungen. Das Verfahren hat also einen erfrischend hohen Überraschungsscore, ist aber auch so zeitraubend, dass manche Firmen angesichts dieses Wahnsinns eher abwinken: weil der Aufwand in keinem Verhältnis zum potenziellen Ertrag steht.

Natürlich können Sie sich den ganzen Stress auch schenken. Vorausgesetzt, Sie kennen zufällig jemanden wie Jens Spahn. us